

Politische Vorhaben zur Ländervereinbarung



„Ländervereinbarung über die gemeinsame Grundstruktur des Schulwesens und die gesamtstaatliche Verantwortung der Länder in zentralen bildungspolitischen Fragen“

(Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 15.10.2020, in Kraft getreten am 09.02.2021)

Die bei der 371. Plenarsitzung der Kultusministerkonferenz am 15.10.2020 beschlossene **Ländervereinbarung** hat das „**Hamburger Abkommen**“ aus dem Jahr 1964 abgelöst. Hierin waren u.a. geregelt: Beginn und Dauer des Schuljahres, Schulpflicht, Feriendauer, einheitliche Bezeichnungen der Schularten im allgemeinbildenden Schulwesen, Bezeichnung der Noten, wechselseitige Anerkennung der Abschlusszeugnisse.

Seit 1964 haben sich die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen tiefgreifend verändert.

Mit den **Politischen Vorhaben zur Ländervereinbarung**, mit denen schul- und bildungspolitische Regelungen angepasst werden, verfolgt die Kultusministerkonferenz folgende Zielsetzungen:

- Sicherung der **Qualität** im Bildungsbereich
- Schaffung eines **einheitlichen Rahmens** im Bildungsbereich
- mehr **Vergleichbarkeit** der Schulbildung
- Sicherung der **Mobilität**, der Schülerinnen und Schüler, deren Eltern und der Lehrkräfte
- **Weiterentwicklung** des gesamten Bildungswesens

WICHTIGE MEILENSTEINE DER UMSETZUNG



	abgeschlossen	Daueraufgabe	offen
Qualität 	<ul style="list-style-type: none"> • Einrichtung einer Ständigen Wissenschaftlichen Kommission (SWK) • Prüfung und Weiterentwicklung der vorliegenden abschlussbezogenen Bildungsstandards; Prüfung der Entwicklung von Bildungsstandards für weitere Fächer 	<ul style="list-style-type: none"> • Verpflichtung, die in der Gesamtstrategie zum Bildungsmonitoring beschriebenen Instrumente zu nutzen und sie in landesspezifische, kohärente Systeme der Qualitätssicherung und -entwicklung einzubinden; Prüfung, ob weitere Bereiche für ein zeitgemäßes Bildungsmonitoring erforderlich sind. 	<ul style="list-style-type: none"> • Wissenschaftliche Überprüfung des Übergangs vom Elementar- zum Primarbereich • Gemeinsame Strategie zur Daten-nutzung
Digitalität 	<ul style="list-style-type: none"> • Berücksichtigung der Digital-Kompetenzen bei der Überarbeitung der Bildungsstandards für den Primarbereich und den Sekundarbereich I 	<ul style="list-style-type: none"> • Ausbau digitaler Lernumgebungen und Anpassung der Gestaltung der Lehr-Lernprozesse sowie der Prüfungs- und Aufgabenformate an die Möglichkeiten digitaler Lernumgebungen • Aufbau und Aktualisierung von Digital-Kompetenzen der Lehrkräfte über alle Phasen der Lehrerbildung. Verankerung der fachdidaktischen Kompetenz zur Nutzung digitaler Medien in der Lehramtsausbildung • Aufbau einer digitale Infrastruktur 	
Allgemein-bildende Schulen 	<ul style="list-style-type: none"> • Weiterentwicklung der Bildungsstandards für den Primarbereich (Deutsch und Mathematik) • Verabschiedung der „Vereinbarung zur Arbeit in der Grundschule“ • Prüfung und Weiterentwicklung der vorliegenden Bildungsstandards für den Hauptschul-abschluss/Ersten Schulabschluss und den Mittleren Schulabschluss (D, M, NaWi, erste FS) • Überarbeitung der „Vereinbarung über die Schularten und Bildungsgänge“ • Weitere Angleichung der Rahmenvorgaben der Länder für die Gestaltung der Gymnasialen Oberstufe 	<ul style="list-style-type: none"> • Förderung von Kindern in der Grundschule, um zumindest die Mindeststandards zu erreichen • Sicherstellung der bruchlosen Fortsetzung der Bildungslaufbahn bei einem länderüber-greifenden Schulwechsel • Weiterentwicklung der bisher vorliegenden Bildungsstandards, überprüfen für die Allgemeine Hochschulreife, Prüfung der Erarbeitung von Bildungsstandards für weitere Prüfungsfächer. • Prüfung des Erreichens der Bildungsstandards für die Allgemeine Hochschulreife mittels eines Pools von Abituraufgaben für die schriftlichen Prüfungen, Vereinheitlichung der Rahmenbedingungen für eine modifikationsfreie Entnahme der Aufgaben aus dem Pool 	<ul style="list-style-type: none"> • Erarbeitung einer Empfehlung zur Einschätzung der Sprachlichen und mathematischen Kompetenzen von Kindern sowie zur Förderung dieser Kompetenzen vor Eintritt in die Grundschule gemeinsam mit der Jugend- und Familienminister-konferenz
Berufliche Schulen 	<ul style="list-style-type: none"> • Verbesserung der länderübergreifenden Vergleichbarkeit der Bildungsgänge an beruflichen Schulen, Weiterentwicklung und Qualitätssicherung • Stärkung der Rolle der Berufsschule als eines gleichberechtigten Partners im Dualen System 	<ul style="list-style-type: none"> • Stärkung der beruflichen Schulen durch einen Pakt für berufliche Schulen aller an beruflicher Aus-, Fort- und Weiterbildung Beteiligten • Stärkung der Attraktivität beruflicher Aus- und Weiterbildung 	<ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung eines Konzepts zur Nutzung der an beruflichen Schulen getätigten Investitionen für die berufliche Weiterbildung
Lehrkräfte 	<ul style="list-style-type: none"> • Fortsetzung der Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung der Lehrerbildung, Erarbeitung eines Qualifikationsprofils für Schulleitungen • Erhöhung der Ausbildungskapazitäten und Gewinnung von Lehrkräften • Entwicklung von gemeinsamen Empfehlungen für Seiten- bzw. Quereinsteigerprogramme 	<ul style="list-style-type: none"> • Gegenseitige Anerkennung der Lehramtsabschlüsse und Berechtigungen 	



Die Ständige Wissenschaftliche Kommission (SWK) ist ein unabhängiges wissenschaftliches Beratungsgremium der Kultusministerkonferenz.

Ihr gehören 16 Bildungsforscherinnen und -forscher aus unterschiedlichen Disziplinen an.

Die SWK berät die Länder bei der **Weiterentwicklung des Bildungswesens**. Sie identifiziert bestehende Probleme und gibt evidenzbasierte Empfehlungen für deren Lösung. Dabei nimmt die Kommission eine interdisziplinäre, längerfristige und systemische Perspektive ein.

Expertinnen und Experten sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Verwaltung, Bildungspraxis und Zivilgesellschaft werden in Hearings einbezogen.



<https://www.kmk.org/kmk/staendige-wissenschaftliche-kommission.html>

Die SWK - ein Beispiel für ein realisiertes Politisches Vorhaben

Von der SWK veröffentlichte Gutachten, Stellungnahmen und Impulspapiere zu bildungspolitischen Entwicklungen:

-  • Stellungnahme Demokratiebildung als Auftrag der Schule – Bedeutung des historischen und politischen Fachunterrichts sowie Aufgabe aller Fächer und der Schulentwicklung (11.07.2024)
-  • Impulspapier Large Language Models und ihre Potenziale im Bildungssystem (17.01.2024)
-  • Gutachten Lehrkräftegewinnung und Lehrkräftebildung für einen hochwertigen Unterricht (08.12.2023)
-  • Stellungnahme Empfehlungen zum Umgang mit dem akuten Lehrkräftemangel (27.01.2023)
-  • Gutachten Basale Kompetenzen vermitteln – Bildungschancen sichern. Perspektiven für die Grundschule (09.12.2022)
-  • Gutachten Digitalisierung im Bildungssystem: Handlungsempfehlungen von der Kita bis zur Hochschule (19.09.2022)
-  • Impulspapier Entwicklung von Leitlinien für das Monitoring und die Evaluation von Förderprogrammen im Bildungsbereich (10.05.2022)
-  • Stellungnahme Unterstützung geflüchteter Kinder und Jugendlicher aus der Ukraine durch rasche Integration in Kitas und Schulen (29.03.2022)
-  • Stellungnahme zur Weiterentwicklung der KMK-Strategie Bildung in der digitalen Welt (07.10.2021)
-  • Stellungnahme Pandemiebedingte Lernrückstände aufholen (11.06.2021)

Der Pakt für berufliche Schulen - ein Beispiel für ein realisiertes Politisches Vorhaben

Auf Initiative der Länder wurde der „Pakt für berufliche Schulen“ gemeinsam mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung ins Leben gerufen. Die Arbeit wurde mit der konstituierenden Sitzung am 16.05.2024 aufgenommen

Damit wird erstmals eine übergreifende Kommunikations- und Austauschplattform der Verantwortungsgemeinschaft für die beruflichen Schulen geschaffen.

Angangslage für die Paktarbeit:

- Zwei Drittel der Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II besuchen berufliche Schulen.
- Die Weiterentwicklung der Bildungs- und Qualifizierungsleistungen der beruflichen Schulen ist eine Voraussetzung für die Innovationskraft und die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands.
- Die beruflichen Schulen befinden sich in einer enormen Innovationsdynamik. Dazu bedarf es einer Lehr- und Lerninfrastruktur auf höchstem technologischen und didaktischen Niveau.

Themenbereiche der Paktarbeit (u.a.):

- **Digitale Ausstattung** verstetigen und weiter ausbauen
- **Bewältigung des demografischen Wandels: Fachkräftesicherung**, insbesondere strukturelle Fragestellungen unter qualitativen Gesichtspunkten (z.B. Angebotsstrukturen der beruflichen Schulen)
- **Lehrkräfteversorgung** hinsichtlich Qualität und Quantität sicherstellen
- **Berufsschule weiterentwickeln**: Strukturwandel und Transformationsprozesse mitgestalten
- **Integrationsfunktion** für Gesellschaft und Arbeitsmarkt gewährleisten: Berufliche Orientierung stärken, Übergang Schule-Beruf weiterentwickeln, berufliche Qualifizierung Zugewanderter ausweiten, ausbildungsintegrierte Sprachbildung etablieren
- **Internationalisierung** und Globalisierung ausbauen



Zielsetzung und organisatorische Eckpunkte des Paktes für berufliche Schulen (pdf)
https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/Bildung/BeruflicheBildung/Eckpunktepapier_Pakt.pdf

